

Beschluss (vorläufig) Vor sexueller Belästigung schützen - „Catcalling“ unter Strafe stellen

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 28.01.2026

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1 Sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum ist kein Randphänomen, sondern
2 Ausdruck tief verankerter patriarchaler Machtverhältnisse. Für die meisten
3 FLINTA* gehören sexualisierte Zurufe, anzügliche Kommentare, obszöne Gesten oder
4 das gezielte Hinterherpfeifen zum Alltag. Diese Übergriffe sind keine
5 „Komplimente“, sondern gezielte Grenzverletzungen, die darauf abzielen, Macht
6 auszuüben, Räume zu dominieren und FLINTA* einzuschüchtern.

7 „Catcalling“ ist eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt. Auch ohne körperliche
8 Berührung greifen verbale und nonverbale sexualisierte Übergriffe unmittelbar in
9 das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ein. Sie schränken Bewegungsfreiheit,
10 Teilhabe und das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum ein und tragen dazu bei,
11 dass insbesondere FLINTA* ihr Verhalten anpassen, Wege meiden und öffentliche
12 Räume nicht selbstbestimmt nutzen können.

13 Dass diese Form sexualisierter Gewalt bislang regelmäßig straflos bleibt, ist
14 Ausdruck einer rechtlichen und gesellschaftlichen Leerstelle. Das geltende
15 Sexualstrafrecht schützt die sexuelle Selbstbestimmung nicht ausreichend. Als
16 feministische Partei stehen wir für eine konsequente Politik gegen sexualisierte
17 Gewalt in all ihren Formen.

18 Deshalb fordern wir:

- 19 • Einen klaren politischen und gesellschaftlichen Paradigmenwechsel:
20 Sexualisierte Grenzverletzungen sind keine Bagatellen, sondern Gewalt.
- 21 • Auf den Bund hinzuwirken, ein Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs zur
22 Verbesserung des Schutzes vor sexueller Belästigung, dem sogenannten
23 „Catcalling“ zu schaffen.

24 Unser Ziel ist ein Strafrecht, das die Lebensrealitäten von FLINTA* ernst nimmt
25 und den öffentlichen Raum zu einem Ort macht, an dem sich alle Menschen frei,
26 sicher und selbstbestimmt bewegen können.

Beschluss (vorläufig) Damit uns keener wat kann: Berliner Stromversorgung dezentral, sicher und erneuerbar gestalten

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 28.01.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

Die Lebensadern unserer Stadt sind verletzlich und einer gezielten Bedrohung ausgesetzt. Ob Unfall wie 2019 oder Anschläge wie 2025 und 2026: Der Ausfall von Strom, Wärme und Kommunikation hat das Vertrauen in staatliche Daseinsvorsorge tief erschüttert und uns die derzeitigen Grenzen von Versorgungssicherheit und Katastrophenschutz verdeutlicht.

Diese Ereignisse sind ein Weckruf. Das Stromnetz ist eine der physischen Strukturen, die für das soziale und wirtschaftliche Funktionieren unserer Gesellschaft wesentlich sind. Fallen sie aus, sind wir alle betroffen, unabhängig von sozialem und ökonomischem Status, von Alter, geschlechtlicher Identität, physischer und psychischer Gesundheit, Herkunft oder Familiengeschichte. Die Folgen jedoch treffen nicht alle Menschen gleich hart. Es ist daher eine elementare Gerechtigkeitsfrage, vorzusorgen und Ausfälle zu verhindern. Die schwarz-rote Senatspolitik, die primär auf Überschriften, Überwachung und Symbolpolitik setzt, offenbart die Versäumnisse und Konzeptlosigkeit in Fragen des Katastrophenschutzes und des Krisenmanagements. Wir brauchen eine präventive Strukturpolitik für unsere Netze!

Wir Bündnisgrüne begreifen Sicherheitspolitik daher schon seit Langem als integralen Bestandteil der Energiepolitik. Wer sich auf wenige zentrale Kraftwerke, „Stromautobahnen“ und gebündelte Trassen verlässt, ist abhängig, erpressbar und verwundbar. Selbstverständlich muss man Absicherungsmaßnahmen gerade an kritischen Stellen in den Fokus nehmen. Auch dürfen keine sicherheitssensiblen Informationen über kritische Infrastruktur einfach öffentlich zugänglich sein. Echte Resilienz schafft man nicht durch Einzelmaßnahmen oder Ablenkungsdebatten, sondern durch ein Gesamtkonzept zur Absicherung und Notinstandsetzung und eine intelligente, dezentrale Struktur des Stromnetzes selbst.

Wir wollen ein Berlin, das auch dann nicht dunkel wird, wenn eine Haupttrasse getroffen ist. Zumal mehr Sicherheit schaffende Großprojekte wie die unterirdische Kabelvertikale Berlin Süd (KVB S) noch im Planungsstadium sind. Unsere Antwort ist die dezentrale Energiewende: Ein Netz aus vielen Zellen, gespeist aus Erneuerbaren Energien, gepuffert durch Speicher und Vernetzung.

Wir werden uns daher mit Nachdruck für die Umsetzung des folgenden Plans zur Energie-Resilienz einsetzen:

1. Priorität für Geo-Redundanz und physische Härtung

Die Ereignisse an der Salvador-Allende-Brücke (2019) und am Teltowkanal (2025/2026) haben gezeigt, dass logische Redundanz (n-1) ohne geografische Trennung wertlos ist. Wenn Haupt- und Ersatzleitung über dieselbe Brücke führen, fallen bei einem Brand gleich beide Komponenten aus. Wir fordern zunächst eine

39 unverzügliche Überprüfung aller kritischen Netzenspässe, insbesondere bei
40 Brücken- und Kanalquerungen.

41 Für alle verwundbaren Stellen im Berliner Stromnetz, die durch einen Ausfall an
42 einer Stelle gravierende Auswirkungen haben, muss eine echte Geo-Redundanz
43 hergestellt werden. Das muss auch bei Sanierung und Neubau berücksichtigt
44 werden. . Netzbereiche müssen durch mehrere, geographisch und baulich getrennte
45 Leitungstrassen versorgt werden, bzw. durch ausreichende dezentrale Puffer
46 Versorgungsausfälle im Ernstfall besser kompensieren können.

47 Wo immer es technisch möglich ist, sind vulnerable Oberleitungen und
48 Kabelbrücken durch unterirdische Dükungen zu ersetzen, um die Angriffsfläche
49 für Sabotage, Unfälle und Witterungsextreme zu minimieren.

50 2. Paradigmenwechsel zum Zellularen Energiesystem

51 Wir wollen das Berliner Netz von einer hierarchischen Einbahnstraße zu einem
52 lebendigen, zellularen Organismus umbauen, wie es etwa auch dem VDE-Leitbild
53 entspricht.

54 Berlin muss sich endlich politisch und technisch zum Leitbild des Zellularen
55 Energiesystems bekennen. Unser Ziel ist, dass Stadtteile oder Kieze im
56 Krisenfall durch einen "System-Split" als autarke Inselnetze weiterfunktionieren
57 können.

58 Wir fordern die Einführung einer „Resilienz-Quote“ bei der Ausweisung neuer
59 Stadtquartiere (z.B. für UTR/TXL und Siemensstadt). Diese müssen so geplant
60 werden, dass sie ihren Notbetrieb durch lokale Solaranlagen (PV),
61 Blockheizkraftwerke (BHKW) und Energiespeicher selbst sichern können.

62 Um das Stromnetz auch bei Schäden bestmöglich aufrecht erhalten zu können,
63 braucht es eine Analyse bedarfpriorisierter Gebiete und die Überprüfung,
64 inwiefern lokale Inselnetze innerhalb des Berliner Verteilnetzes eine bessere
65 Kontrolle über das Stromnetz ermöglichen. Auf diese Weise können sowohl bei der
66 Ausweisung neuer Stadtquartiere (z.B. für UTR/TXL und Siemensstadt), bei
67 Industrieparks oder auch Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Schulen die
68 Versorgung bei einem erneuten Stromausfall aufrecht zu erhalten bzw. schnell
69 wieder hochzufahren.

70 Dazu benötigen wir eine verlässliche Förderung von dezentraler Netzwerktechnik
71 der Stromerzeugung, wie netzbildenden Wechselrichtern oder schwarzstartfähigen
72 Anlagen. Nur so können Photovoltaikanlagen auch bei Netzausfall weiter Strom
73 liefern, statt sich genau dann abzuschalten, wenn sie unerlässlich sind.

74 3. Sektorenkopplung als Sicherheitsreserve nutzen

75 Die Trennung der Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Kommunikation ist
76 Schubladendenken von gestern. Auch hier gilt es, vernetzt zu denken. Im
77 Krisenfall müssen alle Ressourcen genutzt werden, um die Daseinsvorsorge zu
78 sichern.

79 Seit 2026 ist aufgrund der Änderung des EnWG 2026 bi-direktionales Laden von
80 Elektroautos wirtschaftlich möglich. Wir fordern, dass die Flotten des Landes
81 Berlin unverzüglich technisch so umgerüstet werden, dass sie bei Netzausfällen

82 als mobile Notstromkraftwerke für kritische Einrichtungen (Schulen, Pflegeheime,
83 Feuerwachen) dienen können.

84 Wir benötigen den Auf- und Ausbau von Quartiers-Wärmespeichern (Power-to-Heat),
85 um bei kurzfristigen Stromausfällen das Auskühlen der Wohngebäude zu verhindern
86 und die Gasabhängigkeit strukturell zu reduzieren.

87 Das Stromnetz mag das Rückgrat unserer Infrastruktur sein, aber das
88 Mobilfunknetz ist längst unsere Nervenbahn. Im Ernstfall allein auf analoge
89 Kommunikation wie Flüstertüten oder Handzettel und Aushänge angewiesen zu sein,
90 provoziert kritische und im Zweifel sogar lebensbedrohliche Informationslücken.
91 Deshalb müssen an die Strompuffer der Mobilfunkmasten regulatorisch künftig
92 höhere Anforderungen gestellt werden.

93 4. KRITIS neu denken

94 Der Schutz unserer Infrastruktur darf weder zum Überwachungsstaat führen noch
95 naiv sein. Deshalb ist auch für uns eine restriktivere Handhabung sensibler
96 Infrastrukturdaten geboten. Transparenz gilt für Marktdaten, nicht für die
97 Sicherheitsarchitektur. Das gilt vor allem für detaillierte Lagepläne kritischer
98 Knotenpunkte.

99 Gegen Hacking braucht es intelligente Sensorik an physischen Knotenpunkten, die
100 Manipulationen (Hitze, Erschütterung) in Echtzeit meldet, bevor ein Totalausfall
101 eintritt. Solche Maßnahmen von Bauwerken greifen wie auch eine optische
102 Überwachung in der Regel nicht in Grundrechte ein. Der Senat muss sich deshalb
103 fragen lassen, wieso sie trotz entsprechender Ankündigungen noch nicht ergriffen
104 wurden.

105 5. Katastrophenschutz an die neue Realität anpassen

106 Der Staat muss gerade dann funktionieren, wenn das Versorgungsumfeld versagt.
107 Die erschreckenden Befunde des Landesrechnungshofes zum desolaten Zustand des
108 Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes nehmen wir ernst. Die Innensenatorin hat
109 bei der Aufgabe versagt, der Bedeutung und Dringlichkeit des Themas gerecht zu
110 werden. Statt die gesamtstädtische Steuerung der Katastrophenvorsorge
111 wahrzunehmen, sind nur Kosten und Stückwerk produziert worden – aber keine
112 verlässlichen Strukturen. Hier heißt es deshalb weiterhin wie in den
113 verwirrenden Handymitteilungen: „Extreme Gefahr“!

114 Alle beteiligten Behörden müssen im Krisenfall ihre Aufgabe genau kennen und
115 erfüllen. Die Einrichtung von Katastrophenschutz-Leuchttürmen in allen Bezirken
116 muss beschleunigt und standardisiert werden. Das grundsätzlich vorbildliche
117 wissenschaftlichen Konzept wurde bisher lediglich durch Anschubinvestitionen für
118 Notstromgeneratoren und Laptops halbherzig umgesetzt. Ein bezirksübergreifendes
119 Konzept mit Standards existiert bis heute nicht, den Bezirken wurden für den
120 Katastrophenschutz standen bisher kaum Personalstellen oder Sachmittel zur
121 Verfügung gestellt. Diese Kritik wurde von den Bezirken mehrfach gegenüber dem
122 Senat thematisiert. Damit Katastrophenschutzleuchttürme und Informationspunkte
123 tatsächlich Wirkung entfalten können, fehlt es nicht zuletzt an Information und
124 Aufklärung über die Anlaufstellen im Krisenfall. Diese müssen über autarke
125 Energieversorgung (PV + Speicher) verfügen, um Kommunikation und Wärme für die
126 Bevölkerung dauerhaft zu sichern, unabhängig von Diesel-Logistik.

127 Zudem ist die sprichwörtliche Berliner Hilfsbereitschaft und Herzlichkeit ein
128 unvergleichlich belastbares solidarisches Sicherheitsnetz, dass wir pflegen und
129 strategisch nutzen wollen. Es braucht darüber hinaus ein gesetzlich verankertes
130 Notfallregister, damit Menschen mit besonderen Bedarfen im Schadensfall nicht
131 durch das Raster fallen oder alleine zu Hause vergessen werden. Damit können
132 Rettungskräfte zum Beispiel für Menschen, die auf Beatmungsgeräte angewiesen
133 sind, in Pflegeheimen oder Wohnformen untergebracht oder in ambulanter oder
134 häuslicher Pflege sind proaktiv Hilfe, Unterstützung oder Evakuierungen
135 priorisieren.

Beschluss (vorläufig) Wechseljahre enttabuisieren – Arbeitsbedingungen verbessern

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 28.01.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

Wir Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Wechseljahren und Arbeitsleben ein. FLINTA*, die sich in den Wechseljahren befinden, haben ein Recht auf gesundheitliche Unterstützung und faire Arbeitsbedingungen. Wechseljahre sind keine Krankheit – aber sie haben häufig Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit, die gesellschaftlich bislang tabuisiert, individuell aber stark belastend sind. Wir wollen diesen Missstand beenden. Es braucht endlich Aufklärung, Forschung und konkrete Maßnahmen, damit FLINTA* in dieser Lebensphase selbstbestimmt, fair und gesund weiterarbeiten können.

Wir fordern:

- Eine umfassende Informations- und Sensibilisierungskampagne für Arbeitgeber*innen, Personalverantwortliche und den öffentlichen Dienst, etwa durch die Integration des Themas in bestehende Beratungsangebote und Weiterbildungen.
- Die Fortführung oder Förderung einer wissenschaftlichen Studie (z. B. IFAF-Studie „MenoSupport“), um Daten zur Verbreitung von Wechseljahresbeschwerden, ihren Auswirkungen auf Erwerbstätigkeit und zu den spezifischen Bedürfnissen von Arbeitnehmer*innen zu erheben – mit besonderem Fokus auf mehrfach diskriminierte Frauen.
- Die Entwicklung einer Wechseljahres-Strategie für die Berliner Verwaltung, orientiert am Vorbild Großbritanniens und an Studienergebnissen. Dabei sind spezifische Arbeitskontexte wie Schule, Kita, Sicherheitsbehörden und landeseigene Betriebe zu berücksichtigen.
- Ein Handlungsleitfaden für Unternehmen, der aufzeigt, wie Arbeitgeber*innen Wechseljahresbeschwerden fair und unterstützend begegnen können, etwa durch flexible Arbeitszeiten, Gesundheitsangebote, eine gute Arbeitsumgebung und Ruhebereiche – auf Basis wissenschaftlicher Empfehlungen.
- Die Unterstützung für eine bundesweite Strategie, um Wechseljahre in der Arbeitswelt zu enttabuisieren und strukturell zu verankern.